

Betreff:

Salzbachtalbrücken-Krise schnell und entschlossen bekämpfen
-Antrag der Fraktionen B90/ Die Grünen, SPD, Linke und Volt-

Antragstext:

Der Schadensfall an der Salzbachtalbrücke hat die Landeshauptstadt Wiesbaden unverschuldet in eine prekäre Verkehrssituation gebracht. Die nun absehbare monatelange Sperrung der A66, der Mainzer Straße und fast aller Gleisanschlüsse des Hauptbahnhofs trifft die Stadt hart - und das zu einer Zeit, in der Dank des Herunterfahrens der Corona-Maßnahmen eigentlich auf eine Wiederbelebung zu hoffen war, die sich natürlich auch in steigender Mobilität ausgedrückt hätte.

Jetzt ist schnelles, unbürokratisches und agiles Handeln erforderlich, um das Verkehrschaos zu minimieren und die Belastungen für Bevölkerung und Wirtschaft im Rahmen zu halten. Ziel dieses Antrags ist es daher, dem Magistrat den Rücken zu stärken, um (insbesondere auch während der Sommerpause der Stadtverordnetenversammlung) ein aktives Krisenmanagement zu betreiben und die Infrastruktur und die Verkehrssteuerung so anzupassen, dass die Mobilität in der Stadt bis zur Inbetriebnahme der neuen Salzbachtalbrücke bestmöglich gewährleistet wird.

Der Ausschuss möge beschließen,
die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt,

1. angesichts der Krise rund um die Salzbachtalbrücke in den betroffenen Teilen des Stadtgebiets kurzfristig innerstädtische Maßnahmen für einen schnelleren Verkehrsfluss (z.B. über die Verbreiterung des Theodor-Heuss-Rings zwischen der Mainzer Straße und der Biebricher Allee) sowie auf den relevanten Routen eine optimierte und sichere Verkehrslenkung für alle Verkehrsteilnehmenden (Fußgänger*innen, Radfahrende, PKWs, ÖPNV) umzusetzen,
2. Die Anstrengungen zu intensivieren, reine Durchgangsverkehre aus der Stadt heraus auf das übergeordnete Bundesfernstraßennetz zu verlagern (z.B. A3, B260, Mainzer Autobahnring) und ein LKW-Durchfahrtsverbot zu prüfen.
3. über ESWE Verkehr und den RMV auf die Schaffung zusätzlicher Bus-, Zug- und Bikesharing-Kapazitäten hinzuwirken,
4. mit den Anbietern über die zusätzliche und vorübergehende Bereitstellung von E-Scootern im Stadtgebiet zu sprechen,

die Bahnhöfe Biebrich, Wiesbaden-Ost, Mainz-Kastel und Schierstein besser erreichbar für alle Verkehrsteilnehmer zu machen, nutzerfreundlicher zu gestalten (inkl. Beschilderung und Reinigung) und hinsichtlich Barrierefreiheit und Fahrradabstellmöglichkeiten an das erhöhte Fahrgastaufkommen anzupassen

Antrag Nr. 21-F-63-0007

Grüne, SPD, Linke, Volt

Wiesbaden, 01.07.2021

Martin Kraft
Sprecher für Mobilität
Bündnis 90/Die Grünen

Max Kendl
Fraktionsreferent
Bündnis 90/Die Grünen

Silas Gottwald
Sprecher für Mobilität
SPD

Dr. Hendrik Schmehl
Fraktionsgeschäftsführer
SPD

Lukas Haker
Sprecher für Mobilität
Die Linke

Uwe von Massenbach
Fraktionsreferent
Die Linke

Daniel Weber
Sprecher für Mobilität
Volt

Sascha Kolhey
Fraktionsgeschäftsführer
Volt